

Freitag, 16. Juli 2010

Jedes Kind ist wichtig, egal in welcher Form die Eltern zusammenleben.
Grüne fordern, Gesetze den familienpolitischen Realitäten anzupassen

Für die Grünen ist Familie da, wo Kinder sind, oder wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Wer am Anfang eines Menschenlebens steht, soll die selben Chancen auf Bildung, Teilhabe, Integration, den Schutz der Persönlichkeit und staatliche Leistungen haben unabhängig davon in welcher privaten und rechtlichen Situation die Eltern leben.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes leben ca. 1/3 der Kinder in Deutschland in alternativen Familienformen jenseits der klassischen Ehe mit beiden leiblichen Eltern. Dazu gehören nicht-eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern, Ein-Eltern-, Adoptiv-, Pflege-, Regenbogen- und Patchwork-Familien.

"Das Familien- und Kindschaftsrecht hat den gesellschaftlichen Realitäten zu folgen – nicht umgekehrt. Gerade Personen, die Verantwortung für nicht-leibliche Kinder übernehmen, muß ein höheres Maß an Rechtssicherheit ermöglicht werden. Wir sind davon überzeugt: Jede elterliche Sorge hat sich am Kindeswohl zu orientieren und verdient die gleichen Rechte und Pflichten," so Alexander Geiger, Grüner Gemeinderat und Antragsteller einer entsprechenden Resolution, die in der Mitgliederversammlung des Kreisverbands diskutiert und mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Ziel einer Reform des Kindschaftsrechts muss es sein, die rechtliche Situation sozialer Elternteile zu stärken, ohne die des biologischen Elternteils zu ersetzen.

" Die Grünen möchten einen "Verantwortungsvertrag" als flexibles neues Rechtsinstitut einführen, um relevante kindschaftsrechtliche Fragen, wie z.B elterliche Sorge, Aufenthaltsbestimmungen, Umgang und Unterhalt zum Wohl des Kindes miteinander regeln zu können," so Alexander Salomon vom Kreisvorstand der Karlsruher Grünen.

Dabei geht es nicht um den Ersatz der bisherigen Regelungen, sondern um eine rechtssichere Ergänzung für Eltern, die sich für alternative Formen des Zusammenlebens entschieden haben.

In einem weiteren Schritt spricht sich der Kreisverband dafür aus, die Höhe des Ehegattensplittings so stark, wie es verfassungsrechtlich möglich ist, im Steuerrecht zu reduzieren und die freiwerdenden Steuermittel weg von der Eheförderung hin zur Kindesförderung umzuschichten. Vorstellbar sei, mit diesen freigesetzten Finanzmitteln den Ausbau von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu fördern und damit einen weiteren Beitrag zur Vereinbarkeit von Familien und Beruf zu leisten. Zudem setzen sich die Karlsruher Grünen für eine Kindergrundsicherung für alle ein, die das individuelle Existenzminimum gewährleistet und die bisherigen Leistungen Kindergeld und Kinderfreibeträge ablöst.

Der Karlsruher Kreisverband will sich für die Aufnahme dieser Familienpolitischen Forderungen ins grüne Landtagswahlprogramm stark machen.